

18.51

Abgeordnete Rebecca Kirchbaumer (ÖVP): Frau Präsidentin! Werte Frau Staatssekretärin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuseherinnen und Zuseher hier bei uns auf der Galerie oder zu Hause! Für mich ist es schon sehr verwunderlich, wenn man über Karenzzeiten spricht, als wäre das irgendwie so etwas wie ein Zustand, so habe ich das Gefühl. (*Abg. Heinisch-Hosek: Was reden Sie da?*) Man kriegt einen Zustand, wenn man ein Kind kriegt. In dieser ganzen Debatte fehlt mir das Thema der Familie. Es gibt das Bild der Familie, wie auch immer es gestaltet ist, ob das eine Familie mit zwei Geschlechtlchen oder ob das die konservative Familie – Mutter und Vater – ist.

Ich bin eine Mutter von einer Tochter, und ich habe damals nicht in Karenz gehen können, weil ich selbstständig war. Ich glaube, wir sollten schon darüber nachdenken, dass der Fortschritt da sein sollte, dass wir manchmal Schritte setzen müssen, die vielleicht nicht immer populär sind. Wir wollen Vereinbarkeit mit Familie und Beruf und Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau haben, daher gehen wir einen Schritt in diese Richtung und sagen: Gut, wir komprimieren die Zeiten! Wir gehen aber nicht her und sagen, es muss die Hälfte sein, so wie es in vielen anderen Ländern der Fall ist. Und dann wird von der Opposition gesagt, es ist alles so schlecht bei uns.

Bei uns in Österreich ist ja überhaupt alles schlecht, was ich glauben muss, wenn ich mir die Berichte in den Medien anhöre, wir gehen jetzt dann bald unter wie die Titanic, Österreich ist das schlechteste Land. – Im Vergleich sind wir im obersten Drittel, was die Karenzzeiten angeht. (*Abg. Heinisch-Hosek: Kinderbetreuung?*) Wenn wir einen Schritt in Richtung Gleichberechtigung gehen wollen (*Abg. Belakowitsch: Machen wir einen Schritt zurück!*), wenn wir einen weiteren Schritt machen wollen, dass die Altersarmut von Frauen nicht mehr so ist, wie sie jetzt ist – und das wird eine große Herausforderung für uns in der Zukunft werden –, wenn wir das bewältigen können wollen, werden wir unsere Männer dazu verpflichten müssen, dass auch sie bei den Kindern zu Hause bleiben, dass sie auch Verantwortung übernehmen, dass Frauen ihrem Beruf

nachgehen können. (Beifall bei ÖVP und Grünen. – Abg. **Heinisch-Hosek**: Aber das ist gar keine Pflicht! – Abg. **Tanja Graf**: Das ist die SPÖ! Das findet die SPÖ!)

Anscheinend haben wir ein Frauenbild, dass nur der Mann Geld nach Hause bringt, die Frau überhaupt nichts dazu beiträgt. Meine Damen und Herren, in welchem Jahrhundert leben Sie denn eigentlich? (Beifall bei ÖVP und Grünen.) Wir sind im 21. Jahrhundert angekommen, und da ist Gleichberechtigung hoffentlich kein Schlagwort und keine Schlagzeile mehr, sondern wir wollen – und das ist mein Bild – gemeinsam Kinder betreuen, erziehen, durchs Leben gehen. Es ist auch wichtig für die Entwicklung des Kindes, dass die Beziehung eine gute zur Mutter wie auch zum Vater ist. Mit diesem Gesetz gehen wir einen Minischritt in die Richtung, indem wir zwei Monate - - (Abg. **Wurm**: Streichen!) – Wir streichen nichts! (Abg. **Belakowitsch**: O ja! – Abg. **Wurm**: 24 zu 22 ist minus zwei! Zwei Monate weniger, Rebecca!) – Wenn du, lieber Peter, rechnen könntest, wüsstest du: Wenn du für 24 Monate Geld kriegst, ersparst du es dir hoffentlich, dass du noch zwei Monate daheimbleiben kannst, mein lieber Freund. Das werden wir wohl zusammenbringen. (Beifall bei ÖVP und Grünen. – Zwischenrufe bei der FPÖ.)

Wenn man für 24 Monate Geld bekommt, dann wird man es wohl schaffen, zwei Monate zu sparen, sodass man 24 Monate zu Hause bleiben kann. Das steht jedem frei. Es steht auch jedem frei, länger zu Hause zu bleiben. (Abg. **Belakowitsch**: Aber ohne Absicherung! – Abg. **Heinisch-Hosek**: Ist es jetzt verpflichtend oder steht es frei ...?) – Es ist Wahlfreiheit. Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollte kein Schlagwort sein und auch die Altersarmutsbekämpfung sollte kein Schlagwort sein, liebe SPÖ. (Beifall und Bravoruf bei der ÖVP sowie Beifall bei den Grünen.)

18.55

Präsidentin Doris Bures: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Karl Schmidhofer. – Bitte.